



Haben wir die? Welche sind dies? Wer definiert diese? Von wem sind diese anerkannt? Von wem nicht? Fragen über Fragen!

Wir wissen es nicht. Wir definieren die Europäische Gemeinschaft oft über gemeinsame Werte, die wir (angeblich gemeinsam) haben, doch wissen wir wohl in den seltensten Fällen, welche dies sind. Und wie lange sie es gemeinsam sind.

Gerade wieder wird mit einer Intervention von Politikern aus acht Unionsmitgliedstaaten versucht einseitig die Werte der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) in Frage zu stellen. Warum? Aus Gründen, die den meisten von uns verschlossen bleiben, denn es ist nicht so, dass die EMRK für die heutige Zeit nicht

geeignet wäre, sondern weil einige Politiker meinen, sie könnten ohne das Korsett der EMRK schneller Menschen abschieben und deren Rechte beschneiden und damit langjährig herausgearbeitete Standards verwässern.

Doch genau deswegen wurde die EMRK geschaffen. Um gemeinsame Standards zu haben und dass nicht in jedem Mitgliedstaat der Konvention von Behörden und Gerichten rein nach willkürlichen Gesichtspunkten gehandelt wird.

Es ist für die meisten verständlich, dass diese Initiative zur Verwässerung der EMRK-Standards nicht dazu geeignet ist, die Werte Europas zu stärken, sondern im Gegenteil (Red).

Inhalt



	Seite
Europäische Werte?	1
Inhaltsverzeichnis und Impressum	2
Gemeinsames Europäisches Rückkehrsystem (Anton Schäfer)	3
DIE WERTE EUROPAS, BEDEUTUNG FÜR DIE ZUKUNFT (Kludia Moch)	4
Die Zweierbosniaken (Jörg Hofreiter, Jana Beller)	6
Bosnien und Herzegowina (Jörg Hofreiter)	12
Pfingstdialog 2025 (Jörg Hofreiter)	14
Präsidentschaftswahl in Rumänien (Anton Schäfer)	15
Präsidentschaftswahl in Polen (Anton Schäfer)	15
Konvention des Europarates zum Schutz des Anwaltsberufes (Anton Schäfer)	17
Ist die EU eine Datenkrake? (Anton Schäfer)	17
Sein Leben für Europa – Otto Steidler (Christa Hofmeister)	19
Schatten über Europa (Otto Steidler)	21
Europäischer Verdienstorden (Anton Schäfer)	23
Vereinsnachrichten - 60 Jahre Europahaus Klagenfurt (Marc Germeshausen)	24
Vereinsnachrichten - Europatag in Vorarlberg (Anton Schäfer)	26
Europa-Wikipedia	27
Zu guter Letzt (Europa-Aktion)	28

Die Redaktion bittet darum, dass Beiträge rechtzeitig eingereicht werden. Wir wollen in jeder Ausgabe eine große Vielfalt an Themen und Sichtweisen bieten und wählen diese entsprechend vorab aus. Das ist jedoch nur bei zeitgerechter Zusendung er Texte möglich. Bitte beachten Sie den Redaktionsschluss, der stets vier Wochen vor dem Ende des Quartals liegt (mit Ausnahme von Sondernummern).

Blattlinie: Die Europastimme ist eine proeuropäische politische – parteipolitisch unabhängige – Zeitschrift, die sich kritisch mit der Entwicklung in Europa, der Europäischen Union zu einem Europäischen Bundesstaat sowie mit den nationalen und regionalen Entwicklungen und Strömungen innerhalb Europas und der Europäischen Union auseinandersetzt.

Zitervorschlag: Europastimme, Jahrgang, Nummer, Seite.

Impressum, Offenlegung und Kennzeichnung:

Die Europastimme ab dem 60. Jahrgang ist eine Fortführung der Zeitung der Europäischen Föderalistischen Bewegung, der Jungen Europäischen Föderalisten und der EUROPTIMUS-Vereinigung für europäische Bildung, die 2018 eingestellt wurde, wobei lediglich der Name und die grundsätzliche europapolitische Ausrichtung weitergeführt werden. Ab dem 60. Jahrgang ist die Europastimme auch Vereinszeitung der EuropaUnion Vorarlberg. Eigentümer, Verleger und Herausgeber der Europastimme ab dem 60. Jahrgang ist der Edition Europa Verlag. Chefredakteur: Mag. Dr. Anton Schäfer LL. M. Sitz des Verlages und der Redaktion sowie der EuropaUnion Vorarlberg: Forachstraße 74 in 6850 Dornbirn. E-Mail des Verlages: office@Edition.eu.com E-Mail-Redaktion: office@Europastimme.eu E-Mail EuropaUnion Vorarlberg: office@EuropaUnion.org Hergestellt und gedruckt in 6850 Dornbirn.

Erscheint mindestens viermal jährlich als Print- und Online-Ausgabe. Web-Adresse der Online-Ausgabe: <http://Europastimme.eu> Einzelheftpreis inkl. USt: 1,60 Euro. Jahresabonnement inkl. Versand im Inland und USt: 15,00 Euro. Preisänderung auch unterjährig vorbehalten. Abbestellung eines Abonnements ist jeweils zum Jahresende möglich, wenn diese bis spätestens 30.11. schriftlich beim Verlag eingeht. Preise für Abonnement und Versand außerhalb Österreichs auf Anfrage. Erscheinungsort: 6850 Dornbirn. Verlagspostamt: 6850 Dornbirn. Abonnements können durch Einzahlung auf das Konto IBAN AT54 2060 2000 0028 6864 ganz einfach abgeschlossen werden. Die Redaktion behält sich die Kürzung von eingesandten Manuskripten entsprechend des vorhandenen Platzes vor. Der urheberrechtliche Schutz richtet sich nach den gesetzlichen Bestimmungen in Europa. Alle Rechte bleiben grundsätzlich vorbehalten. Jeder Teil dieser Zeitschrift darf, soweit die urheberrechtlichen Rechte beim Verlag, bei der Redaktion oder beim Herausgeber liegen, unter der Creative-Commons-Lizenz „Namensnennung – Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“ (<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de>) verwendet werden. Bilder von Wikipedia Commons stehen unter dieser oder ähnlicher Lizenz (<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode>). Bitte beachten Sie: Jede Angabe in dieser Zeitschrift – gedruckt oder online – erfolgt ohne Gewähr für die Richtigkeit, Vollständigkeit etc. Dies gilt für eigene Beiträge, Fremdbeiträge, Gastbeiträge usw. als auch für zitierte Texte. Die Redaktion steht für eine offene und freie Debatte und Diskussionskultur. Die Meinung eines Autors muss daher nicht die Meinung der Redaktion widerspiegeln. Eine Haftung des Herausgebers, des Verlags, der Redaktion oder der Autoren wird daher gänzlich ausgeschlossen. Bei sämtlichen personenbezogenen Angaben gilt die gewählte Form für alle Geschlechter. Autoren räumen dem Verlag die von Literar-Mechana wahrgenommenen Vergütungsansprüche unwiderruflich ein.

ISSN: 0014-2727 (Print) und ISSN: 2791-402X (Online). ZDB-ID: 519113-0 (aktuell)/2187204-1 (1960 bis 2018)

P. b. b.

Gemeinsames Europäisches Rückkehrsystem

(Anton Schäfer)

Menschen flüchten aus verschiedensten Gründen in die Europäische Union.

An vielen Fluchtursachen sind die Unionsmitgliedstaaten bzw. die Europäische Union direkt mitverantwortlich.

Die Zerstörung von regionalen Märkten in Afrika durch den Billig-Verkauf von Überschüssen aus dem EU-Agrarmarkt sind langläufig bekannt.

Europäische Unternehmen (wie auch aus Amerika und Asien) sind maßgeblich seit Jahrzehnten an Korruption, illegalem Waffenhandel, Kriegen, Verarmung der Bevölkerung etc. in Afrika beteiligt. Der nächste Exodus durch Menschen aus dem Gaza-Streifen ist bereits vorprogrammiert und auch ganz offen von rechtsgerichteten israelischen Politikern auch gewollt um ihre Vision eines „Groß-Israel“ zu verwirklichen.

Anstelle gegen die Fluchtursachen gemeinsam vorzugehen und insbesondere multinationale Konzerne, deren Verantwortliche und korrupte bzw. verbrecherische Politiker in die Pflicht zu nehmen, wird auf europäischer und nationaler Ebene wieder gegen die Auswirkungen und die Flüchtenden vorgegangen.

Es ist absehbar und nicht schwierig vorhersehbar, dass dies, wie viele Versuche zuvor, scheitern werden.

Die EU-Kommission hat am 11. März 2025 ein gemeinsames europäisches Rückkehrsystem vorgeschlagen.¹

Mit dieser Verordnung soll ein gemeinsames und vereinheitlichtes System für die Rückkehr von Drittstaatsangehörigen, die sich illegal in der EU aufhalten, geschaffen werden und das Migrations- und Asylpaket ergänzt werden. Mit der Verordnung soll

- die Einführung einer Europäischen Rückkehranordnung,

- die gegenseitige Anerkennung von Rückkehrentscheidungen unter den Unionsmitgliedstaaten,
- eine sanktionsbewährte Kooperationspflichten für betroffene Drittstaatsangehörige eingeführt werden,
- strengere Vorschriften für Personen gelten, die ein Sicherheitsrisiko beispielsweise dadurch darstellen, dass sie straffällig geworden sind und sollen
- Rückkehrzentren in Drittstaaten („return hubs“), mit Staaten, mit denen ein entsprechendes Abkommen geschlossen wurde, geschaffen werden können (wobei es als Augenauswischerei zu bezeichnen ist, dass diese internationale Menschenrechtsstandards einhalten sollen, wenn betrachtet wird, was aktuell in Staaten wie der Türkei, Libyen oder Tunesien mit Flüchtlingen unter Duldung der Verantwortlichen in der EU geschieht),
- sowie soll ein Verbot der Rückweisung von Flüchtlingen in Staaten, in denen ihnen Verfolgung droht (Refoulement-Verbot) beachtet werden.

Was fehlt, ist die Menschlichkeit. Das Verständnis, dass Menschen nicht deswegen fliehen, weil ihnen langweilig ist, sondern weil sie in ihrer Heimat keine Chancen mehr sehen. Es fehlt auch die Berücksichtigung der Werte Europas. Denn was hat diesen Kontinent die letzten 80 Jahre reich und liberal werden lassen. Es waren nicht strenge Gesetze, durch welche Menschen ausgeschlossen wurden, sondern es waren liberale Ansichten und offene Herzen, mit denen Menschen und andere Ansichten toleriert und als Bereicherung angesehen wurden.

Und nun sollen diese Werte geopfert werden, wegen ein paar Schreihälsen, die nie genug haben werden, bis sie ihren totalitären Staat verwirklicht haben. Und leider gibt es genügend Politiker, die auch noch freiwillig deren Helfeshelfer sind.

¹ <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/HTML/?uri=CELEX:52025PC0101>

DIE WERTE EUROPAS, BEDEUTUNG FÜR DIE ZUKUNFT

(Dr. Klaudia Moch M.E.S.
UNESCO-Club Aachen e. V.)

Unter dem Titel *Die Werte Europas, Bedeutung für die Zukunft* fand im *Europäischen Klassenzimmer des Grashauses von EUROPE DIRECT* in Aachen am 10. April 2025 ein *Diskussionsabend* statt.

Die Veranstaltung wurde organisiert vom UNESCO-Club Aachen e.V. in Zusammenarbeit mit dem *Internationalen Karlspreis der Stadt Aachen*, der in diesem Jahr das 75. Jubiläum feiert.

Das Jubiläum wird bei der *Karlspreisverleihung 2025* am 29. Mai- an die *Präsidentin der Europäischen Kommission Dr. Ursula von der Leyen-* in einem festlichen Rahmen der *Zeremonie -nach dem Pontifikalat und mit vielen internationalen Gästen im historischen Rathaus begangen. Zahlreiche interessante Veranstaltungen/ Vorträge finden bereits im Vorfeld des Karlspreises statt sowie auf dem Katschhof zwischen dem Rathaus und dem Aachener Dom (erstes UNESCO-Weltkulturerbe in Deutschland- seit 1978). Am Tag der Karlspreisverleihung am Christi Himmelfahrtstag steht ein Open -Air Festival unter dem Motto „Aachen feiert Europa“ auf dem Programm. Europas Vielfalt und Zusammenhalt sollen erlebbar gemacht werden und Europa gefeiert werden- seine Werte, seine Errungenschaften-seine Zukunft.*

Nach einer kurzen Begrüßung durch den Vorsitzenden des UNESCO-Clubs Aachen e.V. Mario Hecker M.A., der danach auch die Moderation übernahm, stellte Dr. Klaudia Moch M.E.S. aktives Mitglied bei *Mérite Européen* Freundes -und Förderkreis Deutschland e.V., Bonn die beiden Referenten *Prof. Dr. Max Kerner* vom *Historischen Institut der RWTH- University Aachen* und *Klaus Wegener* Präsident der *Auslandsgesellschaft in NRW* und *Honorarkonsul der Slowakischen Republik* sowie die Ehrengäste vor- darunter auch Vertreter von *Mérite Européen* Deutschland.

Bereits das Buch des *Karlspreissträgers 2017 -* des Historikers *Timothy Garton Ash* -mit dem Titel „Europa-Eine persönliche Geschichte“ auf dem Podiumstisch, wies auf die auch gerade heute brennend aktuellen Themen und Bedrohungen in Europa und der Welt hin. Darunter wichtige Anstöße für den Erhalt unserer Werte wie Freiheit, Frieden und Demokratie sowie Wahrhaftigkeit, Toleranz, Recht und Selbstbestimmung.

Prof. Dr. Kerner – ein sehr guter Kenner, Autor und Experte in der Kaiserstadt und der UNESCO- Weltkulturerbe Stadt Aachen richtete den Focus auf die Jugend. Es sei wichtig diese zu erreichen und möglich die Jugendlichen mit verschiedenen Projekten anzusprechen wie z. B. dem *Europäischen Karlspreis für die Jugend* (seit 2008). Dafür können sich im Vorfeld ausgeschriebenem Wettbewerb Jugendliche mit über 600 Projekten bewerben, die zur europäischen und internationalen Verständigung beitragen.

Ein weiteres Modell projiziert auf die Jugend war die Gründung des *Leonardo Projektes* im Jahr 2008. Bei dieser wissenschaftlichen Zusammenarbeit der Studierenden mit unterschiedlichen Fachbereichen werden alle Schnittthemen vorgestellt und im Rahmen einer interdisziplinären Diskussion und Austausch für eine verantwortungsbewusste, fundamentale und zukunftsorientierte Problemlösung erörtert.

Prof. Dr. Kerner ging bereits am Anfang der Veranstaltung auf die Bedeutung der Europäischen Werte aus historischer Sicht ein, die auf der Grundlage des Christentums beruhen aber als alteuropäische Werte bedroht sind zu verschwinden. Es stellt sich nicht die Frage *Tradition anstatt der Moderne-* sondern es sollte eher eine gesellschaftliche Ergänzung und Weiterentwicklung sein; hierbei wurde auch der bekannte französische Historiker *Jacques Le Goff* zitiert. Moderne Antworten werden gesucht auf die Frage: *Wie*

finden wir eine gemeinsame Europäische Kultur?“

Ferner wurde die Bedeutung des Christentums in der heutigen Gesellschaft angesprochen sowie eine Skizze von einer nicht mehr geschlossenen Gesellschaft mit verschiedenen Kulturen gezeichnet mit den besonderen Herausforderungen an die Verantwortlichen sowie die gesamte Gesellschaft. Die Frage ist, wie man dies erreichen kann- wie kann eine *gemeinsame Europäische Kultur* aufgebaut werden trotz der aktuellen Bedrohungen aus den extremen Flügeln weltweit.

Klaus Wegener, Präsident der Auslandsgesellschaft und ehemaliger Kandidat für das Europäische Parlament in Brüssel berichtete ausgiebig über die verschiedenen Facetten der Integration auch im Hinblick auf Osteuropa. Die Frage war, ob ein Nationaler Staat eine Lösung für die aktuelle Entwicklung in der Welt sein kann. Darauf gab es mit NEIN eine klare Antwort. Die Einheit in Europa ist wichtig auch in der Zukunft. Frieden, Freiheit und Wohlstand als Werte wären für die Jugend heute vollkommen selbstverständlich und sie würden dies erst dann schätzen, wenn sie fehlten.

In der weiteren regen Diskussion zeigte sich, dass neben der Jugend, die Medien, Visionäre in der Politik, Wissenschaft, Gesellschaft und die Bildung auch in Form von Erasmus oder

Bologna-Prozess eine grundlegende Rolle für die Entwicklung und Aufbau einer friedvollen, demokratischen, verantwortungsvollen und freiheitlichen Gesellschaft spielen. Vor allem ist aber das persönliche Engagement von Bedeutung verbunden mit Zuversicht, Mut und Optimismus aber auch das Wachhalten der Erinnerungskultur.

Die beiden Referenten aber auch die Teilnehmer des Abends im vollbesetzten Saal hätten noch über den gesetzten Zeitraum hinaus lange weiter diskutieren können, sich austauschen können für neue Ansätze in der Zukunft für ein tolerantes, demokratisches, friedliches Europa in Freiheit.

In unserer Euregio D/NL/B ist der Europagedanke stets lebendig und wird darüber hinaus auch durch die Karlspreisverleihungen für die Einheit Europas (- seit 1950/ nach dem 2. Weltkrieg) traditionell hochgehalten.

Nach diesem spannenden Abend hoffen wir mit dem UNESCO-Club Aachen e.V. in der Zukunft auch weitere Veranstaltungen in diesen wichtigen Themenbereichen organisieren zu können und weitere europäische Akzente und Impulse setzen können. Das diesjährige Motto der Weltgemeinschaft *Vielfalt fördern-Menschenrechte achten* soll dabei weiterhin eine wichtige Orientierung bleiben.

volkshilfe.

VORARLBERG

Die Zweierbosniaken

(Jörg Hofreiter und Jana Beller)

1. Einleitung

Das bosnisch-herzegowinische Infanterieregiment Nr. 2, auch als "2er Bosniaken" bekannt, war eine militärische Einheit innerhalb der Armee der Österreichisch-Ungarischen Monarchie, die Geschichte in Graz schrieb. Das Regiment zeichnete sich durch seine Tapferkeit und seine Verdienste im Ersten Weltkrieg aus, insbesondere bei der Eroberung des Monte Meletta (Italien).

Das bosnisch-herzegowinische Infanterieregiment Nr. 2 aus dem Ergänzungsbezirk Banja Luka, zu dem damals auch Bihać und Cazin gehörten, bestand bei Kriegsbeginn 1914 zu fast 50 Prozent aus serbisch-orthodoxen, zu etwa 35 Prozent aus muslimischen und zu etwa 15 Prozent aus kroatisch-katholischen Soldaten. In der damaligen Definition waren "Bosniaken" alle Einwohner Bosniens und Herzegowinas, unabhängig davon, welchem religiösen Bekenntnis sie angehörten. Heutzutage werden die Einwohner Bosniens und Herzegowinas, die sich zum muslimischen Glauben bekennen, von den Serben und Kroaten als Bosniaken bezeichnet.

2. Einschlägige Geschichte

Ende des 15. Jahrhunderts wurden die Balkanländer Bosnien und Herzegowina vom Osmanischen Reich erobert und erhielten 1865 den Status einer Provinz als einheitliches "Vilâyet Bosnia", das das Gebiet des heutigen Staates Bosnien und Herzegowina umfasste.

Im Jahr 1877 brach der Russisch-Osmanische Krieg aus, der mit einer osmanischen Niederlage endete. Nach dem Frieden von San Stefano im Jahr 1878 wurde das Vilâyet Bosnien nach Unruhen zu einer autonomen Provinz, während das Russische Reich gleichzeitig versuchte, seinen Einfluss auf dem Balkan zu vergrößern.

1878 wurde in aller Eile der Berliner Kongress einberufen, an dem die damaligen

europäischen Großmächte teilnahmen, um den Friedensvertrag von San Stefano zu revidieren und den Einfluss Russlands auf dem Balkan zu stoppen.

Der Vertrag ermächtigte Österreich-Ungarn, die Provinz Bosnien militärisch zu besetzen und vorübergehend die zivile Verwaltung auf unbestimmte Zeit zu übernehmen. Das Gebiet blieb jedoch nominell Teil des Osmanischen Reiches. In diesem Vertrag wurde Österreich-Ungarn auch ermächtigt, die Nachbarprovinz Sandzak Novi Pazar militärisch zu besetzen, um eine Verbindung zwischen Serbien und Montenegro zu verhindern.

A. Okkupation

Die militärische Besetzung von Bosnien und Herzegowina wurde Ende Oktober 1878 erfolgreich abgeschlossen. Der Einmarsch stieß zunächst auf unerwartet starken Widerstand und viele steirische Soldaten kamen ums Leben, für die 1901 in Graz am sogenannten Radetzky-spitz (Radetzkystraße, Joaneumring) ein Kriegerdenkmal mit einer Gedenktafel für alle Gefallenen errichtet wurde. (Bosnien Obelisk in Graz).



Auch in der Stadt Banja Luka, der Hauptstadt der Republika Srpska in Bosnien und Herzegowina, gibt es ein Denkmal, das an die Okkupation der Region erinnert. Allerdings wird um dieses ungepflegte Denkmal herum ein Wohnblock gebaut, wie man auf dem folgenden Bild sehen kann.



Da sich die österreichischen und ungarischen Politiker nicht einigen konnten, zu welchem der beiden Teilstaaten Cisleithanien (Kaiserreich Österreich) oder Transleithanien (Königreich Ungarn) das besetzte Gebiet gehören sollte, wurde die Verwaltung dem gemeinsamen k. u. k. Finanzministerium übertragen, zu dem auch das bosnische Amt gehörte.



B. Annexion

Nach der Revolution der "Jungtürken" in Istanbul im Jahr 1908 mit der Forderung, die suspendierte osmanische Verfassung wiederherzustellen, befürchteten die österreichisch-ungarischen Behörden, dass die Revolution auf Bosnien und Herzegowina übergreifen würde. Es gab auch Befürchtungen, dass ein osmanisches Bosnien und Herzegowina leicht unter serbischen Einfluss geraten könnte. Es gab die Organisation "Junges Bosnien", die die Annexion Bosniens an einen serbisch-südslawischen Staat anstrebte. Österreich-Ungarn wandelte also die Okkupation in eine Annexion um und

gliederte Bosnien und Herzegowina in sein Territorium ein.

Die Annexion führte zunächst zu einer internationalen Krise, die jedoch bald beigelegt wurde, nachdem das Osmanische Reich die Annexion anerkannte, die Provinz Sandzak Novi Pazar zurückbekam und Österreich-Ungarn den Osmanen eine Entschädigung von 2.200.000 Pfund zahlte. Auch das Russische Reich erkannte die Annexion an, nachdem die freie Durchfahrt durch den Bosphorus und die Dardanellen zugesichert worden war.

Im Jahr 1910 wurden Gesetze verabschiedet, die Bosnien und Herzegowina die gleichen Rechte wie allen anderen Kronländern gaben. Unter anderem wurde ein Landtag, ein Parlament (mit begrenzten Befugnissen), eingerichtet.

Der Islam wurde 1912 in Österreich-Ungarn als Religion gesetzlich anerkannt. Das Islamgesetz blieb in Österreich weitgehend unverändert in Kraft, bis es 2015 geändert wurde.

Im Mai 1913 verhängte der Militärgouverneur von Bosnien und Herzegowina, Oskar Potiorek, nach den von der Organisation "Junges Bosnien" ausgelösten Unruhen den Ausnahmezustand, löste das Parlament auf, schloss serbische Kulturvereine und setzte die Zivilgerichte außer Kraft.

Während also in vielen Bereichen praktische Verbesserungen erzielt wurden, scheiterte Österreich-Ungarn bei einem zentralen politischen Projekt: der Entwicklung eines bosnischen Nationalbewusstseins, um die Bevölkerung Bosnien-Herzegowinas vor den wachsenden nationalistischen Bewegungen der Kroaten, Serben und Jugoslawen ("Südslawen") zu schützen.

C. Attentat, Weltkrieg und das Ende von Österreich-Ungarn in Bosnien und Herzegowina

Am 28. Juni 1914 wurden der Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand und seine Frau in Sarajewo ermordet. Gavrilo Princip von der Gruppe "Junges Bosnien" ("Mlada Bosna"), die den Anschluss des Landes an Serbien anstrebte, gab die tödlichen Schüsse ab. Der Thronfolger hatte bereits Pläne zur Umstrukturierung der Donaumonarchie (österreichisch-ungarisch-slawischer Trialismus) und war damit ein Gegner für Panlawisten, die die Idee eines großserbischen Staates verwirklichen wollten. Im Juli

1914 erfolgte die Kriegserklärung an Serbien, die daraufhin zu einem Weltkrieg führte. Im November 1918 endete der Erste Weltkrieg und Österreich wurde eine Republik. Im Dezember 1918 wurde Bosnien und Herzegowina Teil des Königreichs Jugoslawien unter serbischer Führung.

3. Die Entwicklung der bosnisch-herzegowinischen Regimenter

Nach der Okkupation begann Österreich-Ungarn 1878 mit Reformen, um de facto die Kontrolle über das Land zu erlangen. Im Jahr 1882 fanden die ersten Rekrutierungen nach Einführung der Wehrpflicht statt, obwohl die Bosnier und Herzegowiner noch osmanische Untertanen waren. Für die Einberufung von Wehrpflichtigen wurden vier Rekrutierungsbezirke eingerichtet, nämlich in Sarajevo, Banja Luka, Tuzla und Mostar. Im Jahr 1885 wurden die 4 Kompanien, die in jedem Bezirk bereits bestanden, zu je einem Bataillon zusammengefasst. 1894 wurden vier bosnisch-herzegowinische Infanterieregimenter gebildet, die jeweils aus 3 (später 4) Bataillonen bestanden und jeweils eine eigene Regimentsmusikkapelle hatten.

Das 1. Regiment hatte seinen Ergänzungsbezirk in Sarajevo, das 2. Regiment in Banja Luka, das 3. Regiment in Tuzla und das 4. Regiment in Mostar. Im Jahr 1895 wurden je Regiment 3 Bataillone (1., 2. und 4.) in Wien (1. Regiment), in Graz (2. Regiment), in Budapest (3. Regiment) und in Triest (4. Regiment) stationiert. Ein Bataillon (3.) der Regimenter verblieb als Stabsbataillon in den Ergänzungsbezirken.

Der Militärdienst dauerte durchgehend drei Jahre und weitere neun Jahre in der Reserve - es war allerdings möglich, eine Entlassung zu erwerben. Die Kommandosprache war Deutsch, die Regimentssprache war eine Mischung aus den in Bosnien und Herzegowina gesprochenen Sprachen.

Die charakteristische Uniform aller bosniakischen Regimenter war der rotbraune Fez (im Einsatz hechtgrau) mit einer schwarzen oder hechtgrauen Quaste. Der Fez musste mit der Quaste nach hinten getragen werden. Die Hosen waren sogenannte Kniebundhosen, Pluderhosen im orientalischen Stil.



Die Religionsausübung war frei und tolerant. Die muslimischen Bosniaken verrichteten das Freitagsgebet (Džuma) in einem Gebetsraum, während die orthodoxen Bosniaken in der Regel in die Kirche oder zu einem Feldgottesdienst gingen. Aber auch für die katholischen Bosniaken war der wöchentliche Gottesdienst eine heilige Soldatenpflicht. In den bosnisch-herzegowinischen Infanterieregimentern gab es nur wenige Juden oder Protestanten, aber auch diese hatten die Möglichkeit, ihren Glauben zu praktizieren.

Auch heute noch nehmen an den jährlichen Meletta-Gedenkfeiern die hohen Geistlichen der Katholiken, Protestanten und in der Regel auch der Orthodoxen, des Islam und des Judentums teil.

4. Die 2er Bosniaken in Graz



Die ersten beiden Bataillone des 2. bosnisch-herzegowinischen Infanterieregiments und sein Regimentsstab trafen am Morgen des 28. August 1895 ein. Begleitet von ihrer eigenen Regimentsmusik marschierten die Soldaten mit dem von ihrem Kapellmeister Eduard Wagner komponierten Marsch "Die Bosniaken".

kommen" in die Dominikanerkaserne in der Grenadiergasse ein.¹

Das 4. Bataillon folgte im Jahr 1897, während das 3. Bataillon in Banja Luka blieb.

Bis 1807 war diese Kaserne ein Dominikanerkloster, das den josephinischen Aufhebungen zum Opfer gefallen war. Die Kaserne verfügte damals über das modernste Badehaus von Graz - später umgebaut zum heutigen "Bad zur Sonne". Die "Josephiner"-Dominikanerkaserne in Graz beherbergte dann 20 Jahre lang (1894 bis 1914) die Zweier-Bosniaken.

Von 1915 bis 1918 wurde das bosnisch-herzegowinische Infanterieregiment 2 in das Ausbildungslager in Lebring verlegt, dem später auch ein Lazarett und ein Gefangenenlager angeschlossen waren. Es gab viel Platz, einen eigenen Bahnhof und vor allem ein Murakraftwerk für den nötigen Strom.

Die 2er Bosniaken mussten 1897/98 wegen politischer Unruhen in Graz den Sicherheitsbehörden zu Hilfe kommen und zogen sich durch ihr grobes Eingreifen den Unmut der Bevölkerung zu. Erst im Jahr 1900 konnten sie ihren Ruf verbessern und wurden von der Grazer Bevölkerung als "ihre Bosniaken" und als "zweites Grazer Heimatregiment" angesehen. Die Auftritte der bosnischen Militärkapelle wirkten sich ebenso positiv aus wie die Teilnahme an öffentlichen Feierlichkeiten und Festen. So waren die Soldaten der 2er Bosniaken am 25. Mai 1902 mit einer Kompanie bei der Einweihung eines Kriegerdenkmals am Radetzkyspitz vertreten. Das Denkmal wurde zum Gedenken an die steirischen Soldaten errichtet, die während der Okkupation von Bosnien und Herzegowina gefallen sind. Die bosnischen Soldaten nahmen auch an den jährlichen Fronleichnamsprozessionen in Graz teil, die traditionell immer vom Militär begleitet wurden.

5. Politische Unruhen

Während der Badeni-Krise 1897/98 gerieten die Soldaten des 2. bosnisch-herzegowinischen Infanterieregiments in Graz bald in den Strudel heftiger politischer Auseinandersetzungen, die sich nicht auf wenige Tage beschränkten, sondern das ganze Frühjahr 1898 andauerten.

Im Vorfeld der Ergänzungswahl der dritten Kurie am 23. November 1897 eskalierte die Stimmung in Graz dramatisch. Am 20. November kam es im Gasthaus "Zum Sandwirt" in der Griesgasse zu gewaltsamen Zusammenstößen zwischen Christlichsozialen und Sozialdemokraten. Nachdem Polizei und Exekutive versagt hatten, wurden 118 Mann des 2. bosniakischen Regiments als "Ordnungstruppe" herangezogen - doch auch sie konnten die aufgebrachte Menge nicht zerstreuen und zogen erst nach Stunden wieder ab.

Nur zwei Tage später, am 22. November, organisierten deutschnationale Studenten und Arbeiter einen Marsch durch die Herrengasse, bei dem sie "Heil deutsche Brüder" skandierten und eine Badeni-Puppe aufhängten. Auf wiederholtes Ersuchen der Stadtverwaltung rückten erneut bosnische Kompanien an - zusammen mit Infanterie und Kavallerie - um den Ausschreitungen ein Ende zu setzen. Es blieb nicht bei verbalen Angriffen: Zahlreiche Zivilisten und rund 30 Soldaten wurden durch Steinwürfe verletzt.

Die Radikalisierung erreichte ihren Höhepunkt in der Nacht des 27. November, als erneut Studentenkolonnen die Straßen unsicher machten und die Polizei militärische Unterstützung anforderte. In dieser Phase wurden die Bosniaken zum Symbol einer "fremden Ordnungsmacht" im Nationalitätenkonflikt, denn ihre Heimatprovinzen waren gerade erst zwanzig Jahre zuvor mit österreichisch-ungarischem Blut erobert worden.

Die feindselige Stimmung gegen das Regiment hielt auch nach den Novembertagen an. Es kam zu zahlreichen Provokationen, Beschimpfungen, Bespucken und tätlichen Angriffen auf Soldaten und Unteroffiziere im Kasernenviertel Gries, Beschädigung der Mietställe für Offizierspferde in der Köflachergasse, und nächtliche Angriffe auf Wachpersonal vor der Kaserne.

Diese systematische Aufwiegelung zog sich durch alle Gesellschaftsschichten: Am 7. Januar 1898 beschimpften Mittelschüler einen bosnischen Unteroffizier und seine Frau so schwer, dass der Soldat den Rädelsführer bei der Polizei zur Anzeige brachte.

¹ Der Marsch ist zu hören unter: <https://www.youtube.com/watch?v=5ymz-3mEQOM>

Darüber hinaus wurden die Bosniaken in verzerrten Berichten in deutschen nationalistischen Zeitungen als brutale Unterdrücker dargestellt, um die antislawische Stimmung in Graz weiter anzuheizen.

6. Die 2er Bosniaken im Krieg

Im Ersten Weltkrieg wurde das Regiment der 2er Bosniaken in den Jahren 1914 bei Zloczow, Grodek, Lemberg und Przemysl eingesetzt, 1915 in den Karpaten, an der Bukva, am Monte San Michele, an der Plava und am Isonzo, 1916 und 1917 in verschiedenen Teilen Italiens und 1918 mit Teilen in Albanien, am Tagliamento, am Piave und in Asiago.

Die 2er Bosniaken waren in der Armee geachtet, galten als furchtlos und wurden vom Feind gefürchtet. Kein anderes Regiment in der österreichisch-ungarischen Armee erhielt mehr Auszeichnungen für Engagement und Mut.

Im Krieg gegen Italien ging der Angriff auf den Monte Meletta-Fior und dessen erfolgreiche Eroberung in die Militärgeschichte ein. In Unterzahl stürmten die 2er Bosniaken heldenhaft den stark befestigten Berggipfel. Es war ein Paradebeispiel für die Tapferkeit dieser Elite-truppe - getreu dem Motto von Kaiser Franz Joseph I: "Viribus unitis!" ("Mit vereinten Kräften!").

7. Erinnerungen

Die Zeit der 2er Bosniaken wird durch Gedenkfeiern, Bilder, Gedenktafeln, Namen, Gräber, Musik und kulinarische Köstlichkeiten ständig in Erinnerung gehalten.

Bosniaken-Sonntag: Auf dem Soldatenfriedhof Lang-Lebring, wo über 1.600 Soldaten des Ersten Weltkriegs begraben sind, wird jeden letzten Sonntag im Oktober der 805 Bosniaken gedacht, die ihr Leben für Österreich-Ungarn verloren haben.

Meletta-Gedenkfeiern: Zum Gedenken an die Schlacht am Monte Meletta-Fior am 7. Juni 1916 finden abwechselnd in Österreich (Graz, Lang-Lebring), Italien (vor Ort) und Bosnien und Herzegowina Gedenkveranstaltungen statt. Diese Schlacht war ein opferreicher

Erfolg für die 2er Bosniaken. In dieser Schlacht starben 206 Angehörige des Regiments, während die Verluste auf italienischer Seite, die aus Alpini und sardischen Truppen bestand, noch höher waren. Diese Gedenkveranstaltungen sind keine Siegesfeier, sondern eine eindringliche Mahnung an die Kriegstreiber, die selbst nie an der Front waren. Diese Veranstaltung ist als Friedensprojekt einzigartig und verdient größere Anerkennung. Die gemeinsame friedliche Feier von Italienern, Bosniern und Österreichern zeigt, dass auch ehemals verfeindete Nationen Vorurteile überwinden können.

Bosniakischer Friedhof: Der Soldatenfriedhof in Lang bei Lebring befindet sich dort, wo während des Ersten Weltkriegs die Ersatztruppen der Zweier-Bosniaken sowie ein Gefangenenlager und ein Lazarett stationiert waren. 805 Bosniaken erlagen dort ihren Verwundungen. Das bedeutet, dass hier die meisten Bosnier außerhalb der Grenzen von Bosnien-Herzegowina begraben sind. In den Gräbern finden sich Tote aller Konfessionen, die in diesem Regiment gedient haben.

Barmherzigen Kirche als Garnisonskirche: In der Ehrenhalle neben der Grazer Garnisonskirche erinnert ein Gedenkstein an die 2er Bosniaken. Dieser Stein aus dem Jahr 1965 zeugt auch davon, dass das bosnisch-herzegowinische Infanterieregiment 2 von 1895 in Graz und von 1915 bis 1918 in Lebring stationiert war und verkündet der Nachwelt die Tapferkeit dieser altösterreichischen Einheit bei der Erstürmung des Monte Meletta-Fior am 7. Juni 1916. **Bosnischer Obelisk:** Der bosnische Obelisk in Graz, Radetzky spitz, wurde 1902 zum Gedenken an die Opfer bei der Okkupation 1878 als Mahnmal für die Gefallenen eingeweiht.

Das Grazer Garnisonsmuseum zeigt Ausrüstung und Bilder der Bosniaken.

Der Marsch "Die Bosniaken kommen" ist in der Musikszene immer wieder zu hören.

In der Liste der Grazer Straßennamen finden wir in Erinnerung an das Regiment 2 die Zweierbosniakengasse in der Nähe der Gablener Kaserne (siehe Bild umseits)



und den Wagnesweg in Mariatrost, in Erinnerung an dessen Musikkapellmeister Eduard Wagnes.



Aus der kulinarischen Welt kennen wir noch die "Bosniakerln", kleine Brötchen, die zu Ehren der tapferen Bosniaken hergestellt und an den Geschmack des südlichen Gaumens angepasst wurden. Sie werden auch heute noch nach einem alten Rezept aus 70 Prozent Roggenmehl und 30 Prozent Weizenmehl hergestellt und speziell mit Kümmel gewürzt. Auch dies ist ein Zeichen der Solidarität mit den Bosniaken.

8. Schlussfolgerungen

Die Erinnerungen - sowohl materielle als auch immaterielle, positive und negative – an die Soldaten aus Bosnien und Herzegowina dienen als stummes Zeugnis einer komplexen Geschichte, die zum Verständnis der Gegenwart erforderlich ist. Sie zeigen die tiefen und oft übersehenen Verbindungen zwischen der steirischen Hauptstadt Graz und der Region Südosteuropa auf, insbesondere mit den Städten Bihać und Banja Luka in Bosnien und Herzegowina.

Diese Elemente dienen nicht nur als Spuren einer gemeinsamen Geschichte, sondern auch als Embleme einer dauerhaften Beziehung, die durch gemeinsame Geschichte, Krieg, Migration und kulturellen Austausch geprägt wurde. Die Gründung des Zentrums für Südosteuropastudien im Jahr 2008 ist ein klarer institutioneller Ausdruck dieser Verbindung. Die Einrichtung fungiert als intellektuelle und kulturelle Brücke und fördert den Dialog, die Forschung und das Verständnis zwischen Graz und den vielfältigen Gesellschaften Südosteuropas.

Diese Geschichte soll zu einer Neubewertung der Bosnier führen, die im Rückblick als mutige und widerstandsfähige Kämpfer für Österreich gesehen werden können. Die bisher marginalisierte Erzählung bietet eine alternative Perspektive auf die Verflechtung von Steiermark mit Bosnien und Herzegowina. Bei genauerer Betrachtung zeigt sich, dass die Beziehung zwischen diesen Regionen nicht weit entfernt oder abstrakt ist, sondern historisch verwurzelt und zutiefst verflochten. Geografische Nähe und historische Gemeinsamkeit sind Garanten für nachhaltige Verbundenheit auch in der Zukunft.

Artikel von Dr. Jörg Hofreiter, Honorarkonsul von Bosnien und Herzegowina in Graz und Jana Beller, BA, Sprachdienstleisterin und Assistentin im Konsulat. Beide Verfasser dieses Artikels sind an den Universitäten Bihać und Banja Luka, sowie an der Polizeiakademie in Banja Luka als Lehrbeauftragte tätig.

Bosnien und Herzegowina

Notwendigkeit von zukunftsorientierten Strategien mit Einbindung der Jugend
(Jörg Hofreiter)

Als vor 30 Jahren ein fürchterlicher Krieg in Bosnien und Herzegowina zu Ende ging, war allseits die Hoffnung groß, dass die EU dem Land die weitere Hilfe leistet, um zu einem stabilen Mitgliedsland der EU zu werden. Als das Land im Vorjahr, verursacht durch den Ukraine Krieg ein EU-Beitrittskandidat mit Beitrittsverhandlungen wurde, gab es zugleich Beteuerungen, dass Beitrittsverhandlungen lange dauern werden. Zugegebenermaßen ist die Situation in diesem Land komplex, doch die noch erwartungsvolle Jugend fragt sich, ob die bisherigen Strategien der EU und der internationalen Gemeinschaft für die Stabilität und Souveränität des Staates bisher zielfördernd waren.



Bosnien und Herzegowina (Bildquelle: User [Tschubby](#) https://de.wikipedia.org/wiki/Bosnien_und_Herzegowina)

Es besteht kein Zweifel, dass nach 20 jährigem gebetsmühlenartigen Versprechen der EU (seit 2004 bei der Ratskonferenz in Thessaloniki) , Bosnien und Herzegowina als europäisches Land in die EU integrieren zu wollen, es höchste Zeit ist, ein Versprechen in die Tat umzusetzen, um die Glaubwürdigkeit der EU zu stützen, die schon vor über 20 Jahren in sinnvoller Rechtfertigung des Namens "Europäische Union" verkündet hat, dass der Erweiterungsprozess der EU erst abgeschlossen sein kann, wenn die Länder des Westbalkans, Kernländer in Europa, Teile der EU sind.

Es wäre wohl an der Zeit gewesen, ein echtes Bekenntnis der EU zu hören, dass schon im Hinblick auf die Ereignisse in der Geopolitik, es höchste Zeit ist, den Ländern des Westbalkans

echte Beitrittsperspektiven zu offerieren und nicht immer nur Hürden für einen Beitritt mit unerfüllbaren Forderungen für die Umsetzung anzuführen. Ein Beitritt von Bosnien und Herzegowina - wie auch der restlichen Länder des Westbalkans - ist nämlich keine reine Bringeschuld, sondern auch eine Holschuld der EU.

In Bosnien und Herzegowina hat die höchste Macht ein internationaler Hoher Repräsentant, sowohl in Gesetzgebung als auch in Vollziehung, eine Funktion, die nach demokratischen Prinzipien zumindest hinterfragungswürdig ist. Diese Tätigkeit war zur Friedenssicherung in der Nachkriegszeit sicherlich vorteilhaft, später jedoch immer mehr zweifelhaft. Miroslav Lajčák, Mitte 2007 zum

Hohen Repräsentanten ernannt, legte dieses Amt zu Beginn 2009 zurück, verbunden mit den drastischen Worten: „Ich habe es satt, ein totes Pferd zu reiten“. In einem Land, das seit der Unterdrückung durch das Osmanische Reich Ende des 15. Jahrhunderts erst 1995 wieder auf volle Souveränität hoffte, ist es nun in der Republika Srpska zur Konfrontation mit dem Hohen Repräsentanten gekommen. Auslöser der Krise ist die von der Teilrepublik Srpska empfundene Einschränkung der Souveränität des Landes durch den Hohen Repräsentanten bzw. Ignorierung seiner Anordnungen, was zu Hafturteilen gegen den Präsidenten und 2 weitere Spitzenpolitiker führte. Der Vollzug dieser Hafturteile ist international umstritten und zumindest fraglich, ob sie für einen erhofften Friedensprozess in Bosnien und Herzegowina allein hilfreich ist.

Zukunftsorientierte Strategien sollten vermehrt die Jugend einbinden und auf die Kraft der Jugend setzen. Die Integration von marginalisierten Jugendlichen kann eine schwierig umzusetzende Aufgabe sein, aber für ein gesellschaftliches Ziel unumgänglich.

Ein Blick in die Geschichte von Bosnien und Herzegowina zeigt, wie wichtig auch die Sensibilisierung der Jugendlichen für Politik sein kann. Österreich, das dem Land von Bosnien und Herzegowina durch historische Gemeinsamkeit und geografische Nähe besonders verbunden ist, hat in diesem Land in den Jahren zwischen 1878 und 1918 durch die Bemühungen von Österreich – Ungarn in allen staatlichen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bereichen praktische Verbesserungen erzielt, wobei sowohl den Muslimen als auch den Serben in Bosnien und Herzegowina ein gewisses Maß an Autonomie in religiösen Angelegenheiten gewährt wurde.

Aber die Doppelmonarchie scheiterte bei einem zentralen politischen Projekt: vor allem bei der Jugend die Entwicklung eines friedlichen bosnischen Nationalbewusstseins gegen die wachsenden nationalistischen Bewegungen der Kroaten, Serben und Jugoslawen („Südslawen“) abzuschirmen. Und es war die damalige Jugend Bosniens („Mlada Bosna“), die mit ihrem Attentat 1914 auf den Thronfolger Franz Ferdinand und seiner Gattin Sophie dem Entwicklungsprozess in Bosnien und Herzegowina ein Ende setzte und einen Weltkrieg auslöste.

Wie aber konnte Österreich-Ungarn bei der Schüler- und Studentengruppe zu einem solchen Feindbild werden, dass sie sogar ein Attentat für gerechtfertigt hielt? Das Feindbild verweist sicherlich auch auf grundsätzliche Legitimationsdefizite der österreichisch – ungarischen Herrschaft

Zuvor hat Österreich-Ungarn noch die Revolution der Jungtürken 1908 in Istanbul ernst

genommen und die Okkupation rasch in eine Annexion umgewandelt, um ein Übergreifen eines türkischen Nationalismus in Bosnien und Herzegowina zu verhindern. Unruhen in Bosnien und Herzegowina, oftmals ausgelöst durch die Jugend, hat den Gouverneur von bzw. Landeschef Oskar Potiorek veranlasst, im Mai 1913 einen einmonatigen Ausnahmezustand auszurufen, das Parlament aufzulösen und viele serbische.

Organisationen zu verbieten – derartige Anordnungen ohne begleitende Maßnahmen waren wohl zu wenig, um ein Attentat der Jungbosnier zu verhindern.

Die Kraft der Jugend sollte nie unterschätzt werden, sie will berechtigterweise in Freiheit, Sicherheit und Wohlstand leben. Ein Krieg mit allen Gräueltaten kann nie vergessen werden, aber umso mehr sind Strategien für die Zukunft

gefragt, um durch neue positive Ereignisse eine Hoffnung für die Zukunft zu entwickeln.

Das Motto der Europäischen Union lautet "In Vielfalt geeint". Es wurde im Jahr 2000 von Jugendlichen aus den damaligen EU-Mitgliedstaaten ausgewählt. Dieses Motto spiegelt die Einheit der EU wider, die trotz der großen kulturellen und sprachlichen Vielfalt der Mitgliedsländer besteht.

Die Vielfalt als Reichtum, mit respektvollem Umgang von Verschiedenheiten ist ein gutes Bollwerk gegen hassvollen Nationalismus.

Beim Pfingstdialog 2025 sind erstmals Studierende aus Banja Luka (Republika Srpska) und Bihać zur gemeinsamen Teilnahme am Seminar eingeladen und werden dabei demonstrieren, dass auch bei ethnischen und religiösen Unterschieden die friedlichen Zukunftshoffnungen aufleben, auch wenn Ereignisse in der Vergangenheit nicht ganz vergessen werden können.



Bei der Lateinerbrücke über die Miljacka in Sarajevo wurde das Attentat von Sarajevo gegen den österreichisch-ungarischen Thronfolger Franz Ferdinand 1914 verübt (Bildquelle: User [Julian Nyča](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Sarajevo_Lateinerbr%C3%BCcke_1.JPG?uselang=de), https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Sarajevo_Lateinerbr%C3%BCcke_1.JPG?uselang=de)



Flagge von Bosnien und Herzegowina

Pfingstdialog 2025

(Jörg Hofreiter)

Unter Mitwirkung vom Honorarkonsulat von Bosnien und Herzegowina in Graz waren beim Pfingstdialog 2025 Studierende aus Banja Luka (RS) und Bihać (FBiH) gemeinsam eingeladen, deren Väter/ Großväter in einem grausamen Krieg 1992 - 1995 mit Waffen noch gegeneinander kämpften, und die mit einem gemeinsam vorgetragen altbosnischem Lied ihre Hoffnung auf eine friedliche Zukunft von Bosnien und Herzegowina sehr eindrucksvoll zum Ausdruck gebracht und innige Freundschaften geschlossen haben.

Die Teilnahme am Pfingstdialog ist eine ausgezeichnete Gelegenheit für Studierende der Germanistik, um ihre Sprachkompetenzen zu verbessern. Gleichzeitig bietet sie eine hervorragende Möglichkeit, die Europäische Union, ihre grundlegenden Prinzipien, Vor- und Nachteile kennenzulernen.

Neben der erstklassigen Organisation des Pfingstdialogs und den hervorragenden

Vortragenden war es unmöglich, sich nicht in dieses inspirierende Umfeld einzufügen.

Das Stipendium, das wir erhalten haben, ermöglichte es uns, unseren Horizont in verschiedenen Bereichen zu erweitern. Dabei wurde uns auch bewusst, wie viele Möglichkeiten für Studium und berufliche Weiterbildung Studierende in der EU haben.

Durch die Vorträge zahlreicher Expertinnen und Experten aus unterschiedlichen Fachgebieten werden Stereotype aufgebrochen und die persönliche Weiterentwicklung gefördert. Darüber hinaus zeichnet sich der Pfingstdialog durch ein weiteres bedeutendes Merkmal aus: das Kennenlernen vieler wunderbarer und unterschiedlicher Menschen sowie das Knüpfen von Freundschaften, die keine territorialen Grenzen kennen.

Gemeinsam nehmen wir an einer großartigen Geschichte teil.



Sara Rodić auf der Harmonika und Sara Porčić mit Gesang (rechts im Bild) überbrachten ihren Gruß mit einer Sevdalinka – traditionelle Volksmusik aus Bosnien-Herzegowina (Bildquelle: Jörg Hofreiter).

Präsidentschaftswahl in Rumänien

(Anton Schäfer)

Die Präsidentschaftswahl in Rumänien fand am 24. November 2024 statt. Dabei erreichte der parteilose Kandidat Călin Georgescu die relative Mehrheit. Unter sehr ungewöhnlichen Umständen und durch nie ganz offen gelegte Beweise, die sich angeblich auf Geheimdienst-dokumente stützen sollen bzgl. russischem Einfluss zugunsten von Călin Georgescu, wurde diese Wahl vom Verfassungsgerichtshof annulliert.

Bei der nächsten Wahl wurde Călin Georgescu aus ebenfalls fragwürdigen Gründen nicht mehr zugelassen.



(Bildquelle: <https://www.presidency.ro>)

In der Stichwahl am 18. Mai 2025 gewann der proeuropäische Kandidat und ehemalige Bukarester Bürgermeister Nicușor Dan deutlich mit rund sieben Prozent Vorsprung.

Diese Wahl wurde vom unterlegenen Kandidaten, George Simion, angefochten. Jedoch erfolglos.

Präsidentschaftswahlen in Polen

(Anton Schäfer)

Die Präsidentschaftswahl in Polen brachte eine ordentliche Überraschung für die Liberalen. Trotz der Erfahrungen mit den rechts-autoritären Kaczynski-Anhängern und den lange Jahre anhaltenden innenpolitischen Angriffe auf die Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, wurde in der Stichwahl am 1. Juni 2025 der rechtsaußen-Kandidat, Karol Nawrocki, zum Präsidenten gewählt.



(Bildquelle: [Indépendance défendue](https://www.independance-defendue.com))

vorherigen Präsidenten, Andrzej Duda wohl fortgesetzt und es werden die dringend notwendigen Reformen wieder nicht angegangen. Dies wiederum wird sich für den liberalen Ministerpräsidenten Donald Tusk wohl negativ auswirken, weil er seine Wahlversprechen nicht umsetzen kann und dadurch wiederum kann es dazu kommen, dass bei der nächsten Wahlen wiederum konservative Kräfte gestärkt werden. Die nächsten Parlamentswahl sind in Polen Ende 2027.

Die von Donald Tusk kurz nach der Präsidentschaftswahl angestrebte Vertrauensabstimmung der Regierung am 11. Juni 2025 hat er zwar klar gewonnen (243:210 Stimmen), doch ändert das nichts an der Problematik, dass er gegen den Willen des Präsidenten keine großen Reformen durchsetzen können wird und weiterhin die Regierung auf einer sehr labilen Dreierkoalition beruht.

Nachdem von Karol Nawrocki bekannt ist, dass er auch von Donald Trump unterstützt wurde, seine sehr konservativen Ansichten zur Gesellschaft, Kirche und Staat keine Hoffnung für Polen aufkommen lassen, wird der Kurs des

Wie viele rechtskonservative Politiker sucht Donald Tusk nun auch sein Heil darin, auf „starken“ Mann zu machen und hat schon angekündigt, dass er Kontrollen an der Grenze zu Deutschland noch in diesem Sommer erwäge,

wenn die Lage an der Grenze angespannt ist und der Druck groß sei. Dass er dadurch vielen Polen, die in Deutschland arbeiten, negativ wegen solcher Grenzkontrollen in Erinnerung bleiben wird, nimmt er in Kauf. Ebenso, dass er das Schengener Abkommen bricht. Aber nachdem dies auch die deutschen und österreichische Regierung seit vielen Jahren sanktionslos tut, befindet er sich da in guter „Gesellschaft“. Und die Europäische Kommission wird, wie ebenfalls seit vielen Jahren, zusehen und schweigen. Es ist teilweise traurig zu sehen und auch peinlich, wenn von der EU überzeugte Politiker, wie

nun auch Donald Tusk, sich von den rechtskonservativen Kräften hertreiben lassen. Und es ist auch nicht verständlich, wenn ein überzeugter Europäer wie Donald Tusk sich von rechtskonservativen Kräften hertreiben lässt.

Nach der Präsidentschaftswahl sind rund 10.000 Wahlbeschwerden beim Verfassungsgericht eingegangen. Dieses muss nun bis zum 7. Juli darüber entscheiden. Auch der unterlegene Kandidat des proeuropäischen Regierungslagers, Rafal Trzaskowski, hat eine Beschwerde eingereicht.¹

Donald Tusks Auszeichnung mit dem Mérite Européen

(Christa Hofmeister)



(Bildquelle: Christa Hofmeister)

Auf Vorschlag des Deutschen Freundeskreises Mérite Européen wurde Polens Ministerpräsident Donald Tusk 2012 mit dem Mérite Européen in Gold für sein großes Engagement um die Einigung Europas für die Aussöhnung mit Deutschland ausgezeichnet. Donald Tusk nahm die Auszeichnung aus der Hand des Premierministers aus Luxemburg Jean-Claude Juncker und des Präsidenten der Fondation du Mérite Européen Jacques Santer entgegen. Der Präsident der Stiftung, Jacques Santer, hob die Verdienste des polnischen Politikers

hervor: „Die Aussöhnung Polens mit Deutschlands ist das Meisterstück des neuen Europa.“

Staatsminister Jean-Claude Juncker hob in seiner Laudatio die Verdienste des Staatsmannes um die europäische Einigung hervor.

In seinen Dankesworten kam Donald Tusk immer wieder auf die europäischen Wert zu sprechen. Der Weg seines Landes nach Europa sei lang gewesen, aber seine Anstrengungen haben sich gelohnt.²

¹ <https://orf.at/stories/3397061/>

² Siehe auch: <https://www.virgule.lu/luxembourg/donald-tusk-est-un-grand-europeen/90116.html>, <https://www.lux-times.lu/luxembourg/polish-premier-honoured-with-merite->

[europeen-award/1286919.html](https://www.europeen-award/1286919.html), <https://www.wort.lu/luxembourg/ein-grosser-europaeer/642858.html>

Konvention des Europarates zum Schutz des Anwaltsberufs

(Anton Schäfer)

Am 13. Mai 2025 wurde die Konvention zum Schutz des Anwaltsberufs zur Zeichnung durch die Vertragsstaaten aufgelegt. Bei einer feierlichen Zeremonie in Luxemburg haben bereits 13 Staaten (z. B. Frankreich, Polen, Italien) die

Konvention unterzeichnet. Weitere vier Staaten haben es am 14. Mai 2025 unterzeichnet. Für das Inkrafttreten sind acht ratifizierende Staaten erforderlich, darunter mindestens sechs Mitgliedsstaaten des Europarates.¹

Ist die EU eine Datenkrake?

(Anton Schäfer)

Der Schutz der Unionsbürger ist vor allem durch die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK), und soweit EU-Recht betroffen ist, durch die Grundrechtecharta (GRC) der Europäischen Union gewährleistet. Hinzu kommen noch teilweise fragmentarische Menschen-, Grund-, Bürger- und Freiheitsrechte, die in den nationalen Verfassungen der Unionsmitgliedstaaten festgelegt sind.

Die Verwässerung der EMRK

Politiker aus Österreich, Belgien, Dänemark, Estland, Italien, Lettland, Litauen, Polen und Tschechien forderten im Frühjahr 2025 eine Verwässerung der EMRK.²

Die Europäische Menschenrechtskonvention ist einer der wichtigsten Meilensteine auch der Europäischen Integration und diese soll nun „angepasst“ werden, um "sie so zu gestalten, dass sie besser in der Lage sind, Antworten auf die Zeit zu geben, in der wir leben" (sagt die Faschistin und italienische Ministerpräsidentin Giorgia Meloni).³

Stimmt das?

Als die Europäische Menschenrechtskonvention am 3. September 1953 in Kraft getreten ist, waren in Europa durchwegs noch die Auswirkungen des Zweiten Weltkriegs zu sehen.

Dennoch wurde das Handeln der Regierungen an eine engere Kandare genommen, um negative Auswüchse der Behörden und Gerichte zu unterbinden.

Bis in die jüngste Vergangenheit mit großem Erfolg.

Ja bis, der EGMR mit Klagen aus der Türkei, Russland und einigen anderen Ländern überschwemmt wurde und nun auch gerechtfertigte Klagen aus anderen Mitgliedstaaten einfach nicht mehr behandeln kann und diese pauschal abweist.⁴ Was inzwischen natürlich auch genügend Gerichte und Behörden in den Mitgliedstaaten mitbekommen haben und sich nun relativ sicher sein können, dass eine Klage beim EGMR kaum mehr angenommen wird und auch ungerechte, menschenrechtswidrige Urteile Bestand haben können.

In Österreich hat sich die Unterzeichnung dieser Forderung zur Verwässerung der EMRK durch Bundeskanzler Christian Stocker (ÖVP) sofort die rechtsextreme FPÖ auf die Fahnen geschrieben und noch mehr Einschränkungen der EMRK gefordert.⁵

Es fragen sich vermutlich mehrere „Normalbürger“ nicht nur in Österreich, wie weit die politische Unsensibilität und vielleicht auch Unfähigkeit einiger rechter Politiker noch geht. Zum einen mit einer Faschistin einen solchen Brief

¹ <https://www.coe.int/de/web/portal/-/council-of-europe-convention-on-protecting-lawyers-opens-for-signature>

² <https://de.euronews.com/my-europe/2025/05/23/neun-eu-lander-fordern-uberprufung-der-menschenrechtskonvention>, <https://orf.at/stories/3394833/>

³ Bei der Abschiebung von Straftätern seien Staaten angeblich oftmals die Hände gebunden (<https://orf.at/stories/3395148>).

⁴ Siehe Europastimme 3/2023, S. 3.

⁵ https://www.ots.at/presseausendung/OTS_20250523_OTSO122/fpoe-schnedlitz-oevp-vorstoss-zu-aenderung-der-emrk-beweist-einmal-mehr-die-fpoe-und-herbert-kickl-hatten-recht

gemeinsam zu unterzeichnen und dann noch eine Forderung einer rechtsextremen Partei aufzunehmen.

Die Datenkrake EU

In der Zusammenschau mit dem Vorstoß einiger Unionsmitgliedstaaten bzw. führenden Politikern aus solchen, die Europäische Menschenrechtskonvention zu verwässern um den Regierungen der Nationalstaaten mehr „Befugnisse“ oder „Freiheiten“ zu geben, ist der (erneute) Vorstoß der Europäischen Kommission zur Vorratsdatenspeicherung äußerst bedenklich.

Nicht nur, dass die Vorratsdatenspeicherung schon mehrfach vor dem Europäischen Gerichtshof in mehreren Ausprägungen gescheitert ist, und es – freundlich ausgedrückt – sehr seltsam anmutet, wenn sich die Europäische Kommission (leider wieder einmal) zum Diener der Staats- und Regierungschefs bzw. nationaler Behörden macht, ohne primär auf die Rechte der Unionsbürger zu achten.

Auch hat die Kommission offensichtlich aus dem Missbrauch von Daten durch die USA im Rahmen des SWIFT-Netzwerkes¹ und auch nicht der NSA-Spähaffäre² und anderen Missbräuchen von masseweise gesammelten Daten gelernt.

Werden Daten gesammelt, so ist es leider inzwischen eher die Regel als die Ausnahme, dass diese missbraucht und/oder verkauft werden.

Die EU-Kommission hat zur neuerlichen und EU-weiten Datensammlung eine neue Regelung zur Vorratsdatenspeicherung in der „EU-Strategie für die Innere Sicherheit“ angekündigt. Zur „EU-Strategie für die Innere Sicherheit“ lief vom 21. Mai 2025 bis 18. Juni 2025 eine zwölfwöchige öffentliche Konsultation.³ In der Begründung zur „EU-Strategie für die Innere Sicherheit“ wird unter anderem festgehalten, dass die unterschiedlichen nationalen Regelungen ein Sicherheitsrisiko für die Unionsbürger darstellen würden. Die Kommission vergisst dabei, dass ihre eigenen Regelungen in

der Vergangenheit vom EuGH als „Sicherheitsrisiko“ betrachtet und aufgehoben wurden.

Es ist daher weder eine europäische Gesetzgebung besser als nationale Regelungen, denn richtig ist vielmehr, dass die Vorratsdatenspeicherung grundsätzlich ein zu massiver Eingriff in die Rechte der Unionsbürger darstellt und diese unter Generalverdacht stellt.

Mit einer neuen EU-weiten Regelung zur Vorratsdatenspeicherung wird die Sicherheit der Unionsbürger daher mit Sicherheit nicht erhöht, sondern ausschließlich der Zugriff der nationalen Behörden und Gerichte unter Beeinträchtigung der Menschen-, Grund-, Bürger- und Freiheitsrechte.

Dies wird zwar immer unter dem Aspekt einer angeblich höheren Sicherheit für den Unionsbürger „verkauft“, doch zeigt die Realität, dass trotz Verschärfungen in allen Bereichen des Strafrechtes in den vergangenen Jahrzehnten keinerlei Verbesserung der Sicherheitssituation hatten, sondern im Gegenteil sich die Gefährdungen vergrößert haben.

Denn der beste Schutz einer Gesellschaft gegen Extremismus und Kriminalität ist eine liberale Gesellschaft mit möglichst wenig staatlichen Eingriffen in die Gesellschaft und möglichst großer Prävention durch Aufklärung.

Dies ist übrigens nicht gerade neu, sondern haben bereits viele rechtswissenschaftliche Fachautoren schon seit dem 19. Jahrhundert festgestellt und empirisch belegt.⁴ Es ist schade, dass diese von den derzeit Verantwortlichen nicht gelesene werden. Es würde der Gesellschaft viel Fehlentwicklungen ersparen.

Für die Europäischen Föderalisten ist die EU primär ein Friedensprojekt und soll sekundär die Grundlagen der europäischen Gesellschaft verbessern. Hierzu gehört jedoch nicht, dass die Menschen in der Union unter Generalverdacht gestellt werden und hinter ihnen her geschnüffelt wird oder ihre Daten anderen aus welchen Gründen auch immer zugänglich gemacht werden oder verkauft werden.

¹ <https://de.wikipedia.org/wiki/SWIFT>

² https://de.wikipedia.org/wiki/Globale_%C3%9Cberwachungs-und_Spionageaff%C3%A4re

³ <https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/14680-Impact-assessment-on-retention-of-data-by-service-providers-for-criminal-proceedings-de>

⁴ Siehe zB: Carl Josef Anton Mittermaier: „Die Todesstrafe“, „Nach den Ergebnissen der wissenschaftlichen Forschung, der Fortschritte der Gesetzgebung und der Erfahrung“, Neuausgabe im Edition Europaverlag, Dornbirn 2003.

Sein Leben für Europa Otto Steidler

(Christa Hofmeister)

Dr. Otto Steidler, ein glühender Verfechter der föderalistischen Einigung unseres Kontinents wurde am 18. September 1902 in Wiener Neustadt als Sohn eines Schuldirektors geboren und hat seine Wahlheimat in der Steiermark gefunden.

Bereits in seiner Schulzeit trat in ihm immer mehr der *homo politicus* hervor, was ihn wohl bewog, sich dem Studium der Staatswissenschaften zuzuwenden. Seine Promotion zum Dr. rer. pol. erfolgte 1927.

Die verheerenden Folgen zweier Weltkriege für Europa drängten diesen so politisch interessierten Menschen, seinen Beitrag zu einem gemeinsamen friedlichen Europa zu leisten. 1952 stieß er zur EFB Österreich und wurde bereits 1954 zum geschäftsführenden Landesobmann der EFB Steiermark und am 23. Mai 1959 zum Bundesobmann gewählt.

Keine Mühe scheuend durchreiste er das ganze Land um für die Idee Europa zu werben. Seine stete Sorge, möglichst aus dem Kreise der Jugend Anhänger für diese große Idee zu gewinnen und seine Konzilianz die dazu beitrug, keine Spannungen zwischen Jung und Alt aufkommen zu lassen, machten Dr. Steidler wahrlich zum väterlichen Freund der Europäischen Föderalistischen Bewegung in Österreich.

Er verstand es auch, mit blendenden Formulierungen seine Zuhörer zu fesseln und ist mit Freude auf jede Diskussion eingegangen. Mit ungemein großem Einsatz trat er als überzeugter Redner bei den Wahlen zum KEV (Kongress des Europäischen Volkes) in Dörfern, Märkten und Städten in der Steiermark und in Oberösterreich auf.

Die großen Erfolge in Österreich brachten bald gesamteuropäische Anerkennung: 1960 wurde Dr. Otto Steidler in das Zentralkomitee der der



Otto Steidler

Bundesobmann der Europäischen Föderalistischen Bewegung vom 23. Mai 1959 bis 7. Dezember 1974
(Bildquelle: Christa Hofmeister)

EFB – European Federalist Movement als österreichischer Vertreter berufen, 1965 zum Vizepräsidenten der gesamteuropäischen EFB/MFE gewählt und 1970 verlieh ihm der Pariser Gemeinderat die Silbermedaille der französischen Hauptstadt für seine Verdienste um die Integrationsbemühungen.

Diese internationale Anerkennung war motivieren und immer wieder zeigte er sich voller Ideen und Pläne.

Zu seinen Werken zählen auch die Schaffung eines europäischen Informationszentrums in Graz und der Kauf des Karl Brunner Europahauses Neumarkt, deren Vollendung Dr. Steidler leider nicht mehr erleben durfte – er verstarb unerwartet am 7. Dezember 1974.

Besuch des früheren französischen Ministerpräsidenten und Außenminister Robert Schuman im Karl Brunner Europahaus Neumarkt 1956, Dr. Otto Steidler mit Robert Schuman (Bildmitte) und Karl Brunner (rechts im Bild).
(Bildquelle: Christa Hofmeister)



Dr. Otto Steidler (im Bild rechts) nach erfolgreichen Europa-Wahlen 1959: Von 20 europäischen Städten, die Europa-Wahlen durchführten, wies Feldbach und Umgebung die höchste Wahlbeteiligungsquote auf.
(Bildquelle: Christa Hofmeister)



Die international anerkannten Minderheitenseminare waren ein Verdienst Dr. Steidlers. Er leitete sie von 1968 bis 1974.
1969 Dr. Otto Steidler im Bild links mit Dr. Otto Vinatzer/Bozen, LH Dr. Bruno Kessler/Trient, LAbg. Franz Plaickner und Dr. Toni Karner, beide Bozen.
(Bildquelle: Christa Hofmeister)



**Organ der Europäischen Föderalistischen Bewegung (EFB) und des Bundes
Europäischer Jugend (BEJ) Österreich, Graz, Glacisstraße 5a, Telefon 32-4-82**

Nr. 4

Jahrgang 6

Juli/August 1965

Schatten über Europa

In letzter Zeit schritt die europäische Integration nur zähe fort, bestenfalls ließen sich nur kleine Erfolge feststellen. Oft hat es den Anschein, als ob man sich mit den in Europa bestehenden, festgefahrenen Zuständen zufrieden gebe und jede Änderung als zu riskant empfände. So sehr Staatsmänner und Politiker ins Horn kultureller Einigungsbemühungen stoßen, so wenig tun sie wirklich etwas für die europäische Vereinigung. Wohl aber im negativen Sinn: Im Bereich der Wirtschaft hat Großbritannien mit seiner erst 15- dann 10prozentigen Einfuhrtaxe die zweite wirtschaftliche Integrationsschöpfung, nämlich die EFTA praktisch erledigt und allen unbelehrbaren Optimisten den Beweis geliefert, daß die Engländer aus ihrer Haut nicht heraus können; wenn es kritisch wird, dann pfeifen die Briten auf alle schönen Ideale, dann scheren sie sich auch nicht um die von ihnen sonst immer feierlich beschworene Vertragstreue, dann geben sie sich ungeniert so wie sie immer waren, nämlich betont egoistisch und nationalistisch.

Der EWG geht es noch nicht so schlecht wie der EFTA, wobei die Betonung auf dem „noch nicht“ liegt, denn niemand kann voraussagen, was de Gaulle alles in Vorbereitung hat. Es ist kaum anzunehmen, daß er einer Wirtschaftsgemeinschaft verbunden bleiben wird, in der schon in nächster Zeit mit Stimmenmehrheit verbindliche Beschlüsse gefaßt werden können, d. h. in der unter Umständen Frankreich von den anderen EWG-Partnern überstimmt werden würde. De Gaulle's Europakonzept ist nicht bundesstaatlich sondern staatenbündlerisch angelegt; im entscheidenden Fall soll jeder Staat (zumindest aber Frankreich) nach eigenem Ermessen handeln können und nicht an Mehrheitsbeschlüsse gebunden sein. Mancher meint zwar, besser sei ein europäischer

Staatenbund als der jetzt bestehende Europa-Trümmerhaufen sogenannter selbständiger Europastaaten. Dabei wird aber übersehen, daß Staatenbünde nicht vor inneren Kriegen schützen, wie dies im vorigen Jahrhundert der preußisch-österreichische Krieg (1866) im Rahmen des Deutschen Bundes und der amerikanische Sezessionskrieg in Nordamerika demonstriert haben. Solche selbstzerstörerische Entwicklungen kann nur eine festgefügte Bundesgewalt verhindern.

Aber nicht nur Frankreich, auch die anderen europäischen Staaten bieten wenig ermunternde Aspekte. Italien hat mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu kämpfen, die es zwar zur EWG-Treue nötigt, aber an der grundsätzlichen nationalistischen Einstellung nicht viel ändert, wie die leidige noch immer nicht bereinigte Südtirolfrage beweist. Die Bundesrepublik Deutschland steht zwischen den USA und Frankreich, möchte mit beiden in gleicher Freundschaft verbunden bleiben und nicht zwischen ihnen wählen müssen, wozu sie von Frankreich gedrängt wird. Mit einem Auge nach England und dem anderen zur sogenannten DDR schielend, dann wieder in den israelisch-arabischen Konflikt verwickelt, bleibt ihr für Europa-initiativen wenig Kraft, Lust und Zeit. Belgien hat seine Innenprobleme, vor allem den flämisch-wallonischen Gegensatz zu verdauen, die Niederlande sind noch immer über die Ablehnung der Aufnahme Großbritanniens in die EWG verstirmt und studieren, wie man das wieder in Ordnung bringen könnte, die Neutralen, vor allem unser Österreich, bemühen sich um ein Arrangement mit der EWG, aber eines ohne echte Bindungen, Spanien schmolzt im Winkel der Verfehmten, kurz überall nichts als innerstaatliche Probleme oder nationalistische Schwierigkeiten, die das große Einigungsbestreben in den Hintergrund

rücken. Nirgends eine erfolversprechende Europa-initiative! Wieder erweist sich, wie wenig Politiker und auch Wirtschaftsführer zur Verwirklichung des europäischen Zusammenschlusses beitragen können, wenn sie nicht von unten, vom Volke her dazu gedrängt werden.

Die vielen Europagesellschaften und -vereinigungen, Europazeitschriften und -zeitungen können trotz schöner Resolutionen und interessanter Artikel nichts Wesentliches erreichen, weil alle diese Bemühungen bestenfalls zur Kenntnis genommen werden, ohne die maßgebenden Kräfte und Mächte wirklich zu beeinflussen.

Die USA ist noch immer für ein Vereintes Europa, mit dem sie in echter Partnerschaft zusammenarbeiten möchte. Leider hatte es seinerzeit Amerika versäumt, mit Hilfe der Marshallaktion die europäischen Staaten zum Zusammenschluß zu nötigen. Man war viel zu nobel und vertraute den damals gegebenen Erklärungen und Versicherungen. Nun beginnen die USA allmählich die Geduld zu verlieren. Das Verhalten gewisser europäischer Mächte, die oft anmaßende Kritik europäischer Politiker und Publizisten, erregen den Unwillen der Amerikaner, die sich bewußt sind, daß sie mit ihrer Macht und ihren Mitteln Europa gerettet haben und jetzt als Dank dafür Belehren über das richtige Verhalten in Südostasien und in Mittelamerika einstecken sollen. Es sind sehr oft die selben, die den Amerikanern im Koreakrieg und in Ungarn Schwäche und mangelnde Konsequenz vorgeworfen haben, die jetzt das Vorgehen der Amerikaner in Südvietnam und in San Domingo als zu hart empfinden. Kein Wunder, daß man drüben Europa mit weniger freundlichen Augen anzusehen beginnt. Die Militärbündnisse wie die SEATO werden immer fraglicher, ja selbst um die NATO beginnt man sich Sorge zu machen, in der nicht nur Frankreich eine führende Rolle spielen will, sondern auch so verlässliche Partner wie Griechenland und die Türkei wegen des unseligen Cypernkonfliktes zu wanken beginnen. Empfindlich trifft die Amerikaner die französische Währungspolitik, alles das sind Umstände, die eine Revision der USA-Politik gegenüber Europa befürchten lassen. Wir glauben nicht an die Möglichkeit einer Rückkehr zur Isolierungspolitik der Vereinigten Staaten, dazu sind ihre weltweiten Bindungen und Verflechtungen zu weit fortgeschritten. Wohl aber ist das Gegenteil, ein amerikanischer Imperialismus, zu befürchten, der sich schon bei der letzten Präsidentschaftswahl in manchen Äußerungen der Kandidaten, vor allem Goldwaters, drohend ankündigte. Was werden die europäischen Politiker und Diplomaten machen, wenn die USA, der Kritisiererei und Unzuverlässigkeit des alten Kontinents müde, eines Tages erklären, die gehen nunmehr unbekümmert um die Wohlmeinungen und Ratschläge der so gescheiterten Regierungen und Presseleute der in nationalistische Kleinigkeiten verfallenden europäischen Staaten nur mehr ihren amerikanischen Interessen und Zielen nach, gleichgültig, ob dies in anderen Augen als Kuhhandel zwischen Ost und West (auf Kosten Europas) oder als Verrat an den Idealen der freien Welt hingestellt werden würde. Die kurzsichtige, egoistische Politik so vieler europäischer Regierungen würde eine solche amerikanische Schwenkung in der Politik durchaus verständlich erscheinen lassen.

Immer und überall treten wir Europäische Föderalisten für die Vereinigung Europas mit dem Ziele ein, daß es neben und mit den USA zur dritten gleichberechtigten, vielleicht sogar weltentscheidenden Macht aufrücke. Eine solche Linie hat aber zur Voraussetzung, daß die europäische Idee gegenüber den nationalstaatlichen Anliegen den Vorrang erhält. Bei den meisten Politikern unseres Kontinentes kann man sich aber des Gefühles nicht erwehren, daß sie sich bestenfalls zuerst ihrem Staate, vielfach aber noch mehr ihrer Partei gegenüber verbunden und verpflichtet fühlen. Sie denken und handeln nur so weit europäisch, als dies ihnen im Bereiche ihrer Partei oder ihres Staates Vorteile zu bringen verspricht.

Kaum einer weist ein so wahrhaft europäisches Format auf, wie einst Robert Schuman und Etienne Hirsch, denen die europäische Sache wichtiger war als die eigene Karriere oder die Anerkennung seitens des eigenen Staates. Kein Wunder, daß unsere Europasache so langsam weiterschreitet. Schuld daran haben nicht nur die versagenden Politiker, die eben so handeln wie man in ihren Positionen zu handeln pflegt, schuld sind vor allem die im Wohlfahrt- und Wirtschaftswunderstaat sorglos plätschernden Europäer, denen das Auto und die Urlaubsreise wichtiger sind als alle europäischen Belange, die ihr ganzes politisches Wissen nur aus ihrer meist einseitig und fast nie europäisch orientierten Tageszeitung beziehen.

Schuld an dieser unheilvollen Entwicklung trifft aber auch die vielen Europainstitutionen, deren Existenz in weiten Kreisen den Eindruck erweckt, es gehe ohnedies alles in bester Ordnung. Erdrückend viel wird von Europa geredet und über Europa geschrieben, aber beschämend wenig für Europa getan. Wir Europäische Föderalisten setzen den Hebel dort an, wo es am wichtigsten ist, beim einzelnen Europäer. Wir sind erfolgreich bemüht, ihn mit den „Europawahlen“, den Wahlen zum Kongreß des Europäischen Volkes, über die leidige Innenpolitik hinaus zur wirklichen Europapolitik hinzuführen. Der Einzelne muß zu wahrhaft europäischem Denken und Handeln erzogen werden, er muß erkennen lernen, daß sein Schicksal nicht in innerstaatlichen politischen Kämpfen, sondern in der großen überstaatlichen europäischen Integration entschieden wird. Er muß endlich einmal europäisch aktiv werden und für das Vereinte Europa mit Leidenschaft, nicht nur mit bloßen Sympathien eintreten. Nur wenn wir alle, wir Einzelnen mit revolutionärem Elan an die große Sache herangehen, werden wir das hochgesteckte Ziel erreichen. Damit die letzte große Chance des Abendlandes, der Europäische Bundesstaat, nicht durch eigene Schwäche und Unfähigkeit vertan werde, muß sich jeder gutgesinnte Europäer in die Europäische Föderalistische Bewegung einordnen und mit ihr den Kampf um Europa führen.

Otto Steidler

Europa durch sein Volk!

Europäischer Verdienstorden

(Anton Schäfer)

Am 5. Mai (Europatag des Europarates) hat das Europäische Parlament mitgeteilt, einen Europäischen Verdienstorden zu stiften.

Als Anlass wurde der 75. Jahrestags der Schuman-Erklärung angegeben.

Dies ist die erste europäische Auszeichnung dieser Art, die von einer EU-Institution vergeben wird.¹

Die Auszeichnung Mérite Européen der Privaten Luxemburger Stiftung gibt es schon einige Jahrzehnte länger.

Wie beim Mérite Européen, sollen mit dem Europäischen Verdienstorden Persönlichkeiten geehrt werden, die bedeutende Beiträge zur europäischen Integration und zu den europäischen Werten geleistet haben.

Wenn Parlamentspräsidentin Roberta Metsola erklärt: *„Europa wird von seinen Bürgerinnen und Bürgern aufgebaut, und der Europäische Verdienstorden ist für sie“*. *„Dieser Orden würdigt diejenigen, die mit Mut vorangehen, mit Überzeugung handeln und – wie Robert Schuman – daran glauben, dass Frieden, Demokratie und Würde nicht nur Ideale, sondern Taten sind. Anlässlich des 75. Jahrestags von Europas kühnsten Anfängen ehren wir diejenigen, die es weiter aufbauen“* so wird durch das Vorschlags- und Auswahlssystem für den Europäischen Verdienstorden klar, dass damit nicht die „normalen“ Unionsbürger auserkoren sind.

Denn die Vorschläge für die Verleihung des Europäischen Verdienstordens können nur:

- vom Präsidenten oder der Präsidentin des Europäischen Parlaments,
- des Europäischen Rates,
- der Europäischen Kommission,
- von Staats- und Regierungschefs sowie
- von Parlamentspräsidentinnen und -präsidenten der Unionsmitgliedstaaten

eingereicht werden. Die Jury für die Auswahl, wer denn den Europäischen Verdienstorden bekommt, besteht wiederum aus dem Präsidentin bzw. dem Präsidenten des Europäischen Parlaments, zwei Vizepräsidentinnen bzw. -präsidenten und vier bedeutenden europäischen Persönlichkeiten.

Jeder „normale“ Unionsbürger wird sich daher ausrechnen könne, dass er oder sie wohl kaum je in die Reihen aufsteigen wird, in dem z. B. der Präsident oder die Präsidentin des Europäischen Parlaments ihn irgendwie wahrnehmen wird.

In der Praxis werden Beamte und politische Funktionäre diese maximal 20 Personen² pro Jahr vorschlagen und diese werden wohl meist ihnen bekannte oder nahestehende Personen vorschlagen.

Die ersten Verleihungen des Europäischen Verdienstordens soll spätestens 2026 stattfinden. Spätestens dann wird die Öffentlichkeit sehen, ob sich die in diesem Artikel geäußerten Zweifel bewahrheiten werden, dass der Europäische Verdienstorden ein Elite-Orden ist, wie der Internationale Karlspreis zu Aachen.

Es wird daher noch lange den Mérite Européen brauchen, um weiterhin diejenigen Menschen auszuzeichnen, die weit unterhalb des „Radays“ von Präsidentinnen und Präsidenten höchster politischer Einrichtungen sind.

Da eine direkte Einbindung des EU-Parlaments bzw. der Unionsbürger (zB durch ein direktes oder indirektes Vorschlagsrecht) nach bisherigen Informationen nicht vorgesehen ist, ist auch die demokratiepolitische Legitimation für diese Auswahl und Verleihung des Europäischen Verdienstordens auf sehr schwachen Bein gestellt.

¹ <https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20250430IPR28169/europaisches-parlament-stiftet-europaischen-verdienstorden>;

<https://www.europarl.europa.eu/resources/library/media/20250506RES28253/20250506RES28253.pdf>

² Es ist noch nicht bekannt, ob nur Unionsbürger die Auszeichnung erhalten.

Vereinsnachrichten



60 Jahre Europahaus Klagenfurt – Ein Ort des Dialogs, der Bildung und der europäischen Idee

(Marc Germeshausen)

Seit sechs Jahrzehnten steht das Europahaus Klagenfurt für politische Bildung, gelebte Demokratie und den offenen Austausch über Grenzen hinweg. In einer Welt voller Umbrüche hat sich das Europahaus als stabile Brücke zwischen den Generationen, Kulturen und politischen Zugängen erwiesen – stets im Dienst des europäischen Gedankens.

Anlässlich des 60-jährigen Bestehens werfen wir nicht nur einen Blick zurück auf eine bewegte Geschichte, sondern auch auf die Menschen, die das Europahaus geprägt haben.

Einer von ihnen ist OStR Mag. Walter Juritsch, langjähriger Präsident und engagierter Brückenbauer zwischen Bildung, Politik und Zivilgesellschaft.

Sein Rückblick macht deutlich:

Die europäische Idee lebt von Menschen, die sie tragen. Und das Europahaus Klagenfurt war und ist ein Ort, an dem dieser Geist gedeihen kann – damals wie heute.

„Europa war für mich immer ein Friedensprojekt“

Ein Gespräch mit OStR Mag. Walter Juritsch über Besatzererfahrungen,

Skepsis in Kärnten und den Auftrag des Europahauses

Wie war Ihr persönlicher Weg zum Europagedanken? Gab es ein Schlüsselerlebnis?

Schon als Kind habe ich mich dem Westen zugewandt. In meiner Schulzeit sind wir täglich am englischen Fahrzeuglager in der Schlachthofstraße vorbeigegangen. Trotz aller Ressentiments in der Nachbarschaft

gegen die „Besatzer“ – mein Vater verlor durch einen Bombenangriff Haus und Hof – hatte ich keine Vorurteile.

Ich sah in ihnen nicht Besatzer, sondern Garanten von Freiheit und Demokratie. Auch das Amerika-Haus in Klagenfurt habe ich oft besucht – es war ein Ort der Bildung und Aufklärung. Die Idee eines vereinten Europas, wie sie

mit der Montanunion begann, hat mich von Anfang an fasziniert. „Nie wieder Krieg“ – das war mein Leitgedanke.

Wie kamen Sie dann konkret zum Europahaus?

Ich wurde vom damaligen Landtagspräsidenten Josef Schantl, einem sehr



Anlässlich des 60-jährigen Bestehens des Vereins Europahaus Klagenfurt wurde eine Chronik erstellt (Bildquelle: Europahaus Klagenfurt)

geschätzten SPÖ-Politiker, gefragt, ob ich seine Nachfolge im Europahaus antreten wolle. Obwohl ich selbst aus dem ÖVP-nahen Lager stamme, war für mich klar: Europa darf keine parteipolitische Frage sein. Dennoch gab es Widerstände – viele konnten sich nicht vorstellen, dass das Europahaus überparteilich arbeitet. Der damalige Klagenfurter Bürgermeister Leopold Guggenberger setzte sich schließlich für mich ein.

Und auch die heutige Adresse des Europahauses ist mit Ihnen verbunden?

Ja, darauf bin ich stolz. Gemeinsam mit Mathilde Sabitzer habe ich 1990 dem Bürgermeister vorgeschlagen, das alte Gebäude in der Reitschulgasse nicht abzureißen, sondern zum Europahaus zu machen. Das ist gelungen – wir konnten nicht nur ein schönes Haus erhalten, sondern auch endlich eine feste Heimstätte finden. Zuvor war das Europahaus jahrelang in provisorischen Räumen untergebracht, sogar im Wohnzimmer der damaligen Geschäftsführerin.

Wie war das Stimmungsbild in Kärnten in den 50er-, 60er- und 70er-Jahren?

Europa war für viele Menschen damals ein Fremdwort. Man wollte lieber eigenständig bleiben – auch Jörg Haiders Idee vom „Freistaat Kärnten“ hat das befeuert. Aber bei der EU-Volksabstimmung 1994 stimmten 67 % der Kärntner für den Beitritt – mehr als im Bundesdurchschnitt. Das war auch Ergebnis unserer Bildungsarbeit, vor allem in Schulen. Ich glaube, wir haben damals viel für das Verständnis des Europagedankens getan.

Wie weit reicht für Sie persönlich Europa?

Für mich endet Europa nicht an den Grenzen der EU – sondern erst am Ural. Ich war tief betroffen, als die Annäherung an

Russland abbrach. Der Mauerfall war für mich ein Wunder, das ich nie für möglich gehalten hätte. Ich war mehrfach in der DDR, konnte mir eine Wiedervereinigung nicht vorstellen. Umso mehr hoffte ich danach auf ein „gemeinsames Europa“. Ich war bei Seminaren in Leipzig und sogar in St. Petersburg – für mich war das gelebte europäische Einigung.

Welche Rolle spielt das Europahaus Klagenfurt für Europa?

Das Europahaus muss aufklären, verbinden, informieren – und vor allem den europäischen Gedanken hochhalten. Es muss ein Ort sein, an dem man versteht, dass Europa mehr ist als Bürokratie und Brüssel. Wir sind ein starker Wirtschaftsraum, stärker als die USA – aber das ist vielen nicht bewusst. Wir müssen in Bildung investieren, Innovation fördern und junge Menschen für Europa begeistern. Unsere größte Ressource ist das Wissen. Österreich hat keine Rohstoffe – unser Kapital sind gebildete Menschen.

Was hat Sie persönlich am meisten bewegt in all den Jahren?

Die Auslandsseminare, Begegnungen mit Gleichgesinnten in ganz Europa – das hat mich tief beeindruckt. Zu sehen, dass es Menschen gibt, die mit Leidenschaft für Frieden, Freiheit und Aufklärung eintreten. Das hat mir Hoffnung gegeben.

Sehen Sie Kärnten und Österreich fest in Europa verankert?

Absolut. Ein Austritt ist für mich unvorstellbar. Die Bevölkerung ist zu aufgeklärt, um auf die Parolen eines Kickl hereinzufallen. Der sogenannte „Öxit“ ist keine reale Gefahr. Österreich gehört in die Mitte Europas – nicht nur geografisch, sondern auch wertebezogen.



Altpräsident Walter Juritsch beim persönlichen Interview mit Peter Fritz (Bildquelle: Europahaus Klagenfurt)

Europatag in Vorarlberg

(Anton Schäfer)

Der Europatag wurde in Vorarlberg am 9. Mai 2025 begangen unter Federführung von europe direct Vorarlberg und unter Mitwirkung der EuropaUnion Vorarlberg. Passend in der Europapassage in

Dornbirn, in der wir schon seit vielen Jahrzehnten den Europtag feiern. Von europe direct wurde das fahrende „Europa-Café“ beige stellt und auch gut genutzt.





In diesem Europa-Wikipedia sollen in wenigen Sätzen Begriffe erklärt und Interessantes dargestellt werden. Vorbild ist die freie gemeinnützige Internet-Enzyklopädie Wikipedia, die seit dem 15. Jänner 2001 besteht.

Völkerrecht

Aktuell sind die völkerrechtswidrigen Angriffe Israels und der USA auf den Iran Thema in den Medien (Verbrechen der Aggression). Völkerrechtswidrig sowohl im Hinblick auf den Angriff selbst als auch auf Atomanlagen, die bei solchen Angriffen zerstört werden können und zu einer dauerhaften Versuchung mit atomarer Strahlung in der betreffenden Region führen kann.

Völkerrechtswidrig waren auch die Handlungen der westlichen Staaten im Jugoslawienkonflikt, die Angriffe der USA auf Libyen und den Irak und Afghanistan, die seit vielen Jahren andauernden Angriffe Israels auf den Libanon, Syrien, den Iran, im Irak oder die Siedlungspolitik Israels im Westjordanland und noch viele andere Handlungen von Staaten in der Vergangenheit.

Doch was ist das Völkerrecht, dem hier entgegen gehandelt wird? Das Völkerrecht ist grundsätzlich immer noch das Recht des Stärkeren. Wer Macht hat, kann sich alles erlauben, da es kaum Möglichkeiten gibt, die Handlenden zur Verantwortung zu ziehen.

Eine dieser Möglichkeiten ist der Internationale Strafgerichtshof, der gerade deswegen von den USA und Israel nicht anerkannt wird, weil sie genauestens wissen, welche Konsequenzen dies für die handelnden Politiker und Armeeangehörigen hat. Die USA hat zudem den American Service-Members' Protection Act¹ erlassen, mit dem Vertreter der US-Regierung, des US-Militärs und andere vor der Strafverfolgung durch den Internationalen Strafgerichtshof geschützt werden sollen.

Hinzu kommen noch Vertreter von Mitgliedsstaaten des internationalen Strafgerichtshofes (IStGH), die zwar verpflichtet sind, dessen Anordnungen (zB Haftbefehle) umzusetzen, dies aber ganz offen verweigern, wie z. B. der

deutsche Bundeskanzler Friedrich Merz, der den vom IStGH gesuchten mutmaßlichen Völkerrechtsverbrecher, den israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu, nach Deutschland einlädt und ihm innerstaatlich als auch völkerrechtswidrig zusichert, nicht verhaftet zu werden.

Auch die Lieferung von Waffen in Kriegsgebiete, die zudem menschenrechtswidriges Vorgehen von Militäreinheiten unterstützen könnten, wie dies in Gaza durch Israel der Fall ist, ist völkerrechtlich verboten. Das interessiert aber zB weder die USA noch Deutschland.

In diesen wenigen Beispielen zeigt sich der wahre Kern des Völkerrechts, das nur solange existiert, als sich Staaten bzw. deren Vertreter daran halten.

Daher ist auch das in Artikel 2 Nr. 4 der UN-Charta normierte Allgemeine Gewaltverbot nur solange etwas wert, als sich der Großteil der Staaten daran hält und nicht bei bestimmten Staaten, wie zB den USA oder Israel stillschweigend Ausnahmen zulässt. Dadurch wird das Völkerrecht im Allgemeinen ausgehöhlt und es sind aktuell Rückschritte in die Zeit des 19. Jahrhundert sichtbar, die für alle Staaten nur negative Folgen hatten.

Unter Donald Trump ist auch deutlich erkennbar, dass er sich auch nicht an das Völkervertragsrecht und das Völkergewohnheitsrecht gebunden fühlt und nur auf das Recht des Stärkeren setzt.

Diese Erosion des Völkerrechts wird sich weiter fortsetzen, solange nicht die rechtstreuen Staaten von den das Völkerrecht brechenden Staaten die Einhaltung desselben einfordern. Etwas, das derzeit aufgrund der menschlichen und charakterlichen Schwäche vieler Politiker in leitender Position nicht zu erwarten ist.

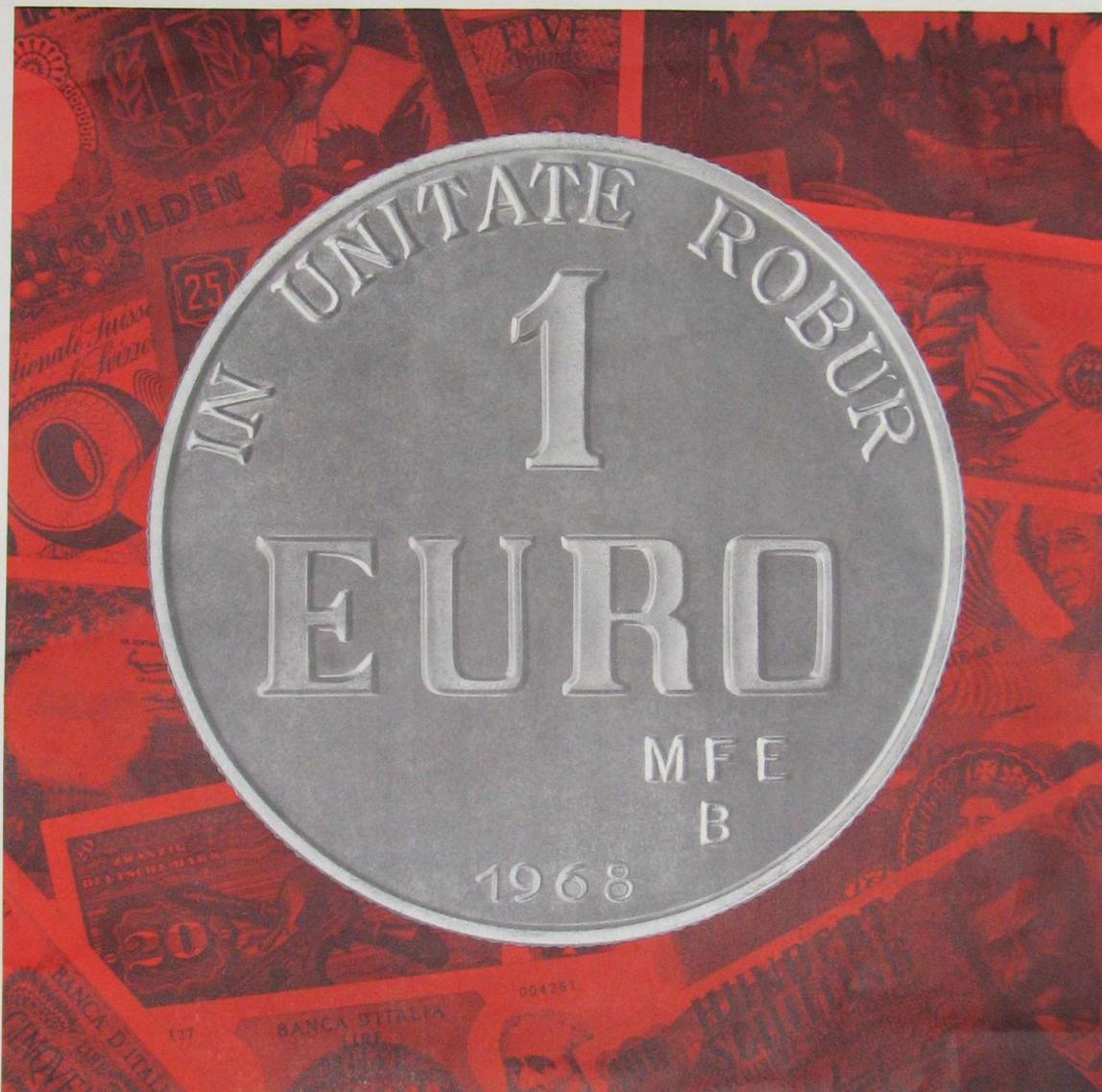
¹ Anton Schäfer: Die Frage der politischen Macht (<http://edition.eu.com/ASPA.PDF>).

Zu guter Letzt



Action Europe 68

Europa-Aktion
Action for Europe
Europa Aktie
Azione Europa



Une seule monnaie pour l'Europe
Eine Wahrung fur Europa
One currency for Europe
Een munt voor Europa
Un'unica moneta per tutta Europa
Een slags valuta for Europa